

## *Entwicklungen & Trends 2018*

### **Abgehängte Regionen statt wirksamer Regionalpolitik**

von Ulf Hahne

Die Regionalfrage ist zurück: Wie soll mit abgehängten Regionen umgegangen werden, gefährden sie den innerstaatlichen Zusammenhalt, kann von ihnen sogar die Gefahr einer Destabilisierung der Demokratie ausgehen? Nach der Bundestagswahl 2017 brachte Bundespräsident Steinmeier die Probleme auf den Punkt, indem er die »Mauern zwischen unseren Lebenswelten: zwischen Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich« beklagte.<sup>1</sup> Die Debatte um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland und die Rolle ländlicher Räume für die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt ist damit zurück. Wie lassen sich abgehängte ländliche Regionen infrastrukturell und wirtschaftlich beleben, wie können sie sozial und politisch teilhaben?

Auch die Agrarpolitik hat den Weckruf noch nicht realisiert: Weder die ökonomische Verarmung ländlicher Räume noch die Rückgänge der biologischen Vielfalt beeinflussen die Vorschläge zur künftigen EU-Finanzperiode grundlegend. Die Fachbeiträge dieses Kapitels befassen sich mit zwei Instrumenten, die der Weiterentwicklung der EU-Politik helfen können: Helmut Berndt befasst sich mit LEADER und Forderungen für die neue Förderperiode. Und Bettina Rocha geht in ihrem Fachbeitrag den erst in der jetzt laufenden EU-Finanzperiode eingeführten »Europäischen Innovationspartnerschaften« (EIP-Agri) nach und fragt, inwiefern dieses neue Instrument als Beitrag zur ländlichen Regionalentwicklung wirkt.

**Bundespräsident beklagt  
»Mauern zwischen  
Stadt und Land«**

#### **Verarmende ländliche Regionen**

Der Sog in die Städte hält an; angesichts der zunehmenden Flächenknappheit und der steigenden Grundstücks-, Immobilien- und Mietpreise werden aber auch die Überschwappeffekte in das nahe und weitere Umland der Schwarmstädte deutlicher. Doch die Impulse reichen nicht in die abgehängten, strukturschwachen und metropolfernen Regionen hinein. Im Gegenteil: Von dorthin wandern die Menschen weiter ab, dort werden die Infrastrukturen ausgedünnt, dort verschlechtern sich die Bedingungen des Alltagslebens – und dort stehen auch weitere Arbeitsplatzverluste bevor, denkt man etwa an die ostdeutschen Braunkohlereviere.

**Der Sog in die Städte  
hält an**

Innerhalb Deutschlands, so zeigt der jüngste EU-Kohäsionsbericht,<sup>2</sup> bestehen inzwischen – bezogen auf alle EU-Staaten nach Großbritannien – die größten internationalen Unterschiede zwischen den Regionen. Die »reichste« Region in Deutschland (Ingolstadt) erzielt ein achtmal höheres Sozialprodukt pro Kopf als die »ärmste Region« (Südwestpfalz) – so das Ergebnis

eines OECD-Berichts.<sup>3</sup> Zugleich verarmen diese Regionen, weil ihre wirtschaftlichen Strukturen wegbrechen: Die Zusammenarbeit von Produzenten und Verarbeitung im Bereich Ernährung kommt immer weniger zustande, weil schlicht Betriebe des Lebensmittelhandwerks und des weiterverarbeitenden Lebensmittelgewerbes fehlen, um Wertschöpfungsketten und eigenständige regionale Produkte aufzubauen. Wo noch Betriebe bestehen, mangelt es häufig an Nachwuchs und potenziellen Nachfolgern.

**Energiewende forciert  
Landschaftswandel**

Erschwert wird das Entstehen von wirtschaftlichen Alternativen – etwa im Bereich touristischer und residentieller Anziehungskraft oder beim Aufbau von Regionalmarken – durch den Rückgang der Biodiversität, die Überformung der Kulturlandschaft und den Verfall ortsbildprägender Gebäude. So forciert die Energiewende in vielen ländlichen Räumen den Landschaftswandel: Nach dem massiven Ausbau der Biomasseproduktion führen der verstärkte Ausbau der Windenergie – bis in Wälder hinein – und der Stromleitungsinfrastruktur zu erheblichen Veränderungen und neuen Zerschneidungen der Kulturlandschaft.

**Klimawandel:  
Anpassungsdruck steigt**

Zugleich führten die Extremwetterereignisse des Jahres 2018, vor allem die Dürre des Sommers, die Verletzlichkeit und Anfälligkeit der derzeitigen Land- und Waldbewirtschaftung eindrücklich vor Augen. Die Langfristfolgen der Verarmung landschaftlicher Strukturen und der Veränderungen der landwirtschaftlichen Praxis werden zunehmend sichtbar, vom Landschaftswandel mit monotonisierter Bewirtschaftung über Bodendegradation und Stoffeinträge bis hin zum Insektensterben. Die Abnahme der ökologischen Vielfalt und Resilienz beschäftigt die betroffenen Regionen, weil sie hiermit zunehmend zugleich auch ihre ökonomische Eigenständigkeit einbüßen und ihre soziokulturelle Eigenart verlieren. Singularitätsvorteile lassen sich so nicht gewinnen. Während im Bereich der Ökologisierung der Agrarpolitik im vergangenen Jahr viele Stimmen laut geworden sind,<sup>4</sup> lässt sich im Bereich der Verarmung der gebauten Umwelt jedoch wenig vernehmen – trotz eines Europäischen Jahrs des Kulturerbes 2018.

**Vernachlässigt:  
das Kulturerbe  
im ländlichen Raum**

Ob das europäische Kulturerbejahr 2018 ähnliche Langfristfolgen wie das Denkmalschutzjahr 1975 oder die europäische Kampagne für den ländlichen Raum 1988 in Deutschland haben wird? Skepsis ist angebracht, war doch das Themenspektrum des aktuellen Jahres sehr breit gefasst und in Deutschland überwiegend metropolitane ausgerichtet (nicht dagegen in anderen EU-Staaten<sup>5</sup>). Nicht einmal der Appell »Unser Kulturerbe – unsere Zukunft« des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz<sup>6</sup> enthielt mehr als einen kurzen Hinweis auf die identitätsstiftende Bedeutung des Kulturerbes in ländlichen Räumen. Während sich der *Baukulturbericht* 2016/17 intensiv mit den Fragen des Kulturerbes in Klein- und Mittelstädten sowie den kleineren Gemeinden in ländlichen Räumen auseinandersetzte, fehlt dieser Aspekt im neuen *Baukulturbericht*<sup>7</sup> gänzlich. Dabei geht es in vielen ländlichen Regionen inzwischen um die kulturhistorische Substanz, denn die Investitionsbereitschaft in die historische Bausubstanz sinkt: Es fehlt an Unterstützung und Beratung, Bauwillige werden durch Modernisierungsanforderungen und Auflagen abgeschreckt oder es wird ihnen gleich das Grundstück im neuen Baugebiet am Ortsrand angeboten. Einen positiven anderen Ansatz geht nun der Kreis Marburg-Biedenkopf, der eine »Denkmalagentur« eingerichtet hat, welche sich gerade um die so wichtige Vorfeldberatung kümmern soll. Die Agentur will nicht als Bauordnungsamt oder Denkmalschutzbehörde auftreten, sondern Beratung leisten und Interessierten Wege zur Realisierung aufzeigen.

## **EU – Vorschläge für die neue Finanzperiode**

**Weniger Geld für  
ländliche Entwicklung**

Im Mai 2018 legte die EU-Kommission ihren Finanzrahmen für die Finanzperiode 2021 bis 2027 vor, im Mai und Juni veröffentlichte sie die Verordnungsvorschläge für die verschiedenen Strukturfonds. Das Gesamtbudget soll trotz des Brexits leicht steigen; die Stärkung neuer Aufgaben (Migration und Außenschutz, Sicherheit und Verteidigung etc.) bedingt aber, dass die Volumina für die klassischen Strukturfonds sinken werden – von bisher 80 Prozent des Gesamtbudgets auf 60 Prozent. Dafür firmieren die Strukturfonds adrett unter neuen politischen Titeln wie »Natürliche Ressourcen und Umwelt« (Agrarpolitik wie gehabt mit Erster und Zweiter Säule) und »Zusammenhalt und Werte« (Regional- und Kohäsionspolitik). Für die ländliche Entwicklung in Deutschland ist von erheblichen Mittelkürzungen auszugehen.

Die Umsetzung neuer Anforderungen in die Verordnung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Finanzperiode 2021 bis 2027 enttäuscht: Während die Verknüpfung von Umweltstandards mit den Interventionen der Ersten Säule (Agrarpolitik) zu begrüßen ist (aber nicht weitreichend genug ist, um die Ökosystemleistungen der Landwirtschaft in den Vordergrund zu rücken), sind die inkrementalen Veränderungen innerhalb der Zweiten Säule der GAP (ländliche Entwicklung) mutlos und nicht ausreichend. Die Integration des ELER in die GAP-Verordnung geschieht ohne vertiefte Weiterentwicklung der Ansätze für die Zweite Säule. Stattdessen wird für die Zweite Säule eine stärkere Subsidiarisierung vorgeschlagen, so dass den Mitgliedstaaten die Aufgabe zukommt, die Durchführungsmaßnahmen stärker auf die regionalen Bedingungen zuzuschneiden und hierfür die Verantwortung zu übernehmen. Da die Zweite Säule wiederum als kleines finanzielles Anhängsel innerhalb der Agrarpolitik verbleibt und keine Eigenständigkeit erreicht, bleibt die EU-Politik für ländliche Räume von einer integrierten Politik weit entfernt.

**Fehlansätze:  
Integrierte Politik für  
ländliche Räume**

Hinsichtlich der Diversifizierung der Wirtschaft bleiben die Maßnahmen der Zweiten Säule agrarnah, für den Aufbau wirtschaftlicher Alternativen wird auf das Kommissionsprogramm für Beschäftigung und Wachstum<sup>8</sup> verwiesen, womit die klassische Regionalpolitik gemeint ist. Auch dort ändert sich wenig. Weiterhin sollen alle Regionen von den Fördermitteln der EU profitieren, in den Euphemismen der EU-Kommission heißt es dann: »in alle Regionen investieren«.<sup>9</sup> Die Dreiteilung der Regionen in weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen und stärker entwickelte Regionen bleibt bestehen (»bedarfsgerechter Ansatz«). Die Mittel werden weiterhin vor allem in Regionen gelenkt, die den größten Aufholbedarfs in Bezug auf die übrige EU haben. Immerhin hat der CLLD-Ansatz (Community-Led Local Development – von der lokalen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung) Bestand, sodass alle Regionstypen nach der LEADER-Methode mit ihren Bürgern gemeinsame lokale und regionale Entwicklungsansätze erarbeiten können.

**Wenig Änderungen  
bei der Regionalpolitik**

### **Energiewende, Strukturwandel und Kohlereviere**

Mit dem Pariser Klimaschutzvertrag gibt es eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung zu den Klimazielen, welche auch Deutschland verpflichtet, rasch seinen Klimazielen nachzukommen. Dabei ist klar: Die Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung wird den Strukturwandel in vielen Regionen beschleunigen. Das betrifft nicht nur die Regionen, in denen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, sondern auch die Bergbauregionen, die Stein- und Braunkohle fördern. Der Ausstieg aus dem derzeit klimaschädlichsten aller Energieträger, der Braunkohle, ist ein vorrangiges Ziel. Braunkohle hatte im ersten Halbjahr 2018 noch immer einen Anteil von genau einem Viertel an der Nettostromerzeugung in Deutschland.<sup>10</sup>

**Wie soll der Ausstieg  
aus der Braunkohle  
gestaltet werden?**

In den drei verbliebenen deutschen Braunkohlereviere (im Helmstedter Revier wurde die Förderung im August 2016 eingestellt) arbeiteten 2018 noch fast 21.000 Menschen im Braunkohlenbergbau, davon mehr als die Hälfte in den beiden ostdeutschen Braunkohlereviere in Brandenburg und der Lausitz.<sup>11</sup> Um die Alternativen für den wirtschaftlichen Strukturwandel voranzutreiben hat die Bundesregierung im Sommer 2018 die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« eingesetzt. Diese »Kohlekommission« soll bis Ende 2018 Empfehlungen erarbeiten, die sowohl den Klimazielen als auch dem Strukturwandel in den am meisten betroffenen Regionen Rechnung tragen.

Wie ein Strukturwandel »von oben« gestaltet werden kann, lässt sich absehen: Zunächst einmal werden die betroffenen Regionen so groß abgegrenzt, dass möglichst auch zentrennähere und wirtschaftlich attraktivere Teilgebiete mit einbezogen werden (um dortige Entwicklungen als Erfolge verbuchen zu können). Sodann wird versucht, bei der EU-Regionalkommissarin höhere Fördersätze als in anderen Regionen durchzusetzen. Gelingt dies nicht, so wird den Regionen zumindest ein »Revierbonus« eingeräumt. Dieser beinhaltet dann sicher, dass Förderanträge aus den Regionen prioritär behandelt und Investitionen beschleunigt werden, indem das Planen und Bauen erleichtert wird. Hat man letztere Instrumente somit »experimentell« eingeführt, so werden sie dann rasch zum Mainstream. Wir werden sehen ... Sicher aber werden die anderen Instrumente der »neuen Strukturpolitik« auch Anwendung finden, die im Folgenden erläutert werden.

**Strukturwandel  
»von oben«**

## Neue Strukturpolitik: Behördenverlagerung und Dezentralisierung von Hochschulen

Die Lösungsvorschläge zum wirtschaftlichen Strukturwandel kennen zurzeit zwei Richtungen, die miteinander streiten: Eine Richtung verlangt nach mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit, die andere setzt sich für Nachhaltigkeit und Resilienz ein. Nirgends wird dies deutlicher als beim obigen Thema »Zukunft der Braunkohlereviere«. Da sich die Politik nicht traut, eine regionsbezogene Wirtschaftsstruktur voranzubringen, verfällt sie auf Maßnahmen, die sie selbst einfach regeln kann: Behördenverlagerungen und Dezentralisierung öffentlicher Institutionen.

Zu den Vorschlägen, die Lage der ländlichen Regionen abseits der Verdichtungsräume zu verbessern, gehört die – nicht neue – Idee der Dezentralisierung öffentlicher Institutionen. Ziel ist vor allem die Verlagerung von Arbeitsplätzen, aber auch die von Studienplätzen. Dies soll die Ballungsregionen entlasten und den strukturschwachen ländlichen Räumen neue Beschäftigung und neue Bewohner bringen. Der Staat versucht so, die Zentralisierungstendenzen der Privatwirtschaft ein wenig zu kompensieren.

Bayern verfolgt seit 2015 ein derartiges Programm und hat bereits 60 Prozent der Zielzahl von 2.225 Stellen im öffentlichen Dienst verlagert.<sup>12</sup> Auch in Hessen hat das Land angekündigt, Fachbehörden in ländlichen Räumen personell zu stärken und Mitarbeiter aus den Großstädten zu versetzen. Die jeweiligen Umsetzungen und Verlagerungen sollen freiwillig geschehen. Bayern meldet, dass ein hohes Interesse an diesen Stellen bestünde, allerdings ließen sich nicht alle Stellen besetzen.

Auch an den Bund werden entsprechende Forderungen gestellt. So liegt der Anteil der Bundesbeschäftigten in den neuen Ländern, insbesondere in Sachsen und Thüringen, um mehr als die Hälfte unter dem Bundesdurchschnitt. Das neu geschaffene Fernstraßenbundesamt kommt zwar nun nach Sachsen, wird allerdings mit der Begründung der großen Arbeitskräftenachfrage in Leipzig angesiedelt. Hier hätte durchaus auch eine kleinere Stadt gewählt werden können, wie andere Standorte von Bundesbehörden zeigen, z. B. das Umweltbundesamt in Dessau-Roßlau oder das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg.

Offenbar wird die Dezentralisierung staatlicher Arbeitsplätze zum Kern der neuen regionalen Strukturpolitik, denn auch in der Kohlekommission wird als Kompensationsangebot für die Kohlereviere nicht nur an Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Gewerbe gedacht, sondern auch an die Behördenverlagerung. Als Beispiele werden im Zwischenbericht das Kölner Bundesverwaltungsamt (BVA) und das Bonner Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) genannt.

Auch bei den Hochschulen gibt es eine starke Dezentralisierungswelle. Seit 1991 wurden nicht weniger als 387 neue Hochschulen gegründet oder Substandorte eingerichtet.<sup>13</sup> Die Zahl der Standorte erhöhte sich damit gegenüber dem Ausgangsjahr um zwei Drittel. Die allermeisten Gründungen gab es in den Ballungsräumen, deutlich weniger in ländlichen Kreisen. Immerhin hat die Zahl der Landkreise, in denen es keinen Hochschulstandort gibt, deutlich abgenommen. Die Lücken in der Hochschullandschaft wurden damit weiter geschlossen, obgleich es immer noch ländliche Kreise gibt, die mehr als 50 Kilometer vom nächsten Hochschulstandort entfernt liegen.

Strukturwandel in den abgehängten Regionen wird nicht allein durch große Investitionen, durch Behördenverlagerungen oder neue Hochschulstandorte gelingen, sondern ist ein langwieriger Prozess, der vieler kleiner Maßnahmen und einer Veränderung des Denkens bedarf. Ohne eigene Anstrengungen werden keine längerfristig erfolgreichen Geschichten des Wandels geschrieben. Neben der Überwindung der mentalen Barrieren und der Überschreibung bisher tragender mentaler Konstrukte (»Wir sind eine Bergbauregion«) kommt der Entfaltung vieler neuer Wirtschaftsinitiativen eine tragende Rolle zu. Diese zu unterstützen und regional basierte Strukturen zu entfalten, gehört daher zu den Aufgaben einer neuen Wirtschaftsförderung 4.0, wie sie im *Kritischen Agrarbericht* 2018 genauer beschrieben wurde.<sup>14</sup>

## Heimatsförderung – der neue Hype

Der Heimathype erfasst ganz Deutschland. Es sprießen Heimatministerien und Heimatförderprogramme, es locken Heimattouren, Heimatpreise und Heimatfonds, auch werden Hei-

**Verlagerung von Arbeits-  
und Studienplätzen  
in die Regionen**

**Dezentralisierung  
als Kern regionaler  
Strukturpolitik**

**Lücken in der  
Hochschullandschaft  
weiter geschlossen**

matbotschafter ernannt. Heimat ist »in« (um es nicht deutsch auszudrücken). Auf Bundesebene firmiert das Innenministerium nun als »Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat«, doch eigenständige neue Ansätze zur Förderung der strukturschwachen Regionen sind dort nicht zu finden. Auch hier bestand das Handeln der Politik in der Einsetzung einer Kommission. Der zuständige Minister wörtlich: »Die Kommission ›Gleichwertige Lebensverhältnisse‹ wird das Herzstück einer neuen Heimatpolitik sein.«<sup>15</sup> Die Kommission soll bis Juli 2019 einen Bericht mit konkreten Vorschlägen vorlegen.

Dagegen sind die Länder umso aktiver. In Bayern hat die dortige Enquete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern« ihren Schlussbericht vorgelegt, der zahlreiche Detailthemen behandelt – von kommunaler Finanzausstattung über Infrastruktur, Bildung und Gesundheit bis zu Arbeits- und Wohnbedingungen.<sup>16</sup> Die Handlungsansätze sind nach vier Gerechtigkeitsdimensionen gegliedert (Verteilungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit) und reichen von der wohnortnahen Grundversorgung über Verkehr bis zu Wirtschaftsförderung und Umweltfragen.

Auch das Land Nordrhein-Westfalen hat ein Heimatministerium eingerichtet: »Ziel ist es, Menschen für lokale und regionale Besonderheiten zu begeistern, die positiv gelebte Vielfalt in unserem Bundesland deutlich sichtbar werden zu lassen.«<sup>17</sup> Unbürokratisch will das Land NRW sog. »Heimat-Schecks« in Höhe von je 2.000 Euro ausstellen, um »Projekte lokaler Vereine und Initiativen, die sich mit Heimat beschäftigen,« zu fördern. Auch die Idee der Dorfwerkstätten wird gewandelt und nennt sich nun »Heimat-Werkstatt« und wird als »offene Kreativitätswerkstatt« verstanden.<sup>18</sup> Auch hier können für die lokale Prozessbegleitung Fördermittel eingeworben werden.

Das Land Hessen bündelt neue Aktivitäten zur Entwicklung ländlicher Regionen unter dem Motto »Land hat Zukunft – Heimat Hessen«. Aus Landesmitteln gefördert werden beispielsweise Bürgerbusse, die Gemeindegewerkschaften, Gesundheitszentren, Investitionen in Landarztpraxen oder lokale WLAN-Hotspots. Schließlich treibt das Land die Dezentralisierung der Finanzämter durch Einrichtung von »Hessen-Büros« voran – dezentrale Büros, teils vom Land angemietet, in denen die Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze erhalten und so kürzere Wege und Fahrtzeiten bekommen.

**Heimatsförderung –  
ein neues Politikfeld ...**

**... vor allem  
in den Ländern**

#### Anmerkungen

- 1 Frank Walter Steinmeier: Rede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2017 in Mainz. Berlin (Bundespräsidialamt) 2017.
- 2 EU-Kommission: Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft. Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Brüssel 2017.
- 3 OECD: Regions and cities at a glance. Paris 2018, p. 22.
- 4 Z. B. Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und Wissenschaftlicher Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen (WBBGR): Für einen flächenwirksamen Insektenschutz. Berlin 2018.
- 5 Siehe z. B. EU-Kommission (Hrsg.): Panorama. Heft 65/Sommer 2018, S. 9.
- 6 Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz: Appell »Unser Kulturerbe – unsere Zukunft«. Berlin, 21. Juni 2018.
- 7 Bundesstiftung Baukultur: Baukulturbericht 2018/19. Dessau-Roßlau 2018.
- 8 Ebd., S. 24.
- 9 »EU-Haushalt: Regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik nach 2020.« Pressemitteilung der EU-Kommission vom 29. Mai 2018.
- 10 Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE): Stromerzeugung in Deutschland im ersten Halbjahr 2018, S. 11.
- 11 <https://kohlenstatistik.de/19-o-Braunkohle.html>.
- 12 »Mehr Behörden braucht das Land.« Meldung in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Mai 2018.

- 13 L. Hüning et al.: Im Blickpunkt: Hochschulbildung wird zum Normalfall – auch in räumlicher Hinsicht? Gütersloh 2017.
- 14 M. Kopatz und U. Hahne: Wirtschaftsförderung 4.0 – auch ein Thema für ländliche Regionen. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 190–194.
- 15 BMI: Auftaktsitzung der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«. Pressemitteilung vom 26. September 2018.
- 16 Bericht der Enquete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern«. Bayerischer Landtag Drucksache 17/19700.
- 17 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen: Heimatsförderprogramm.
- 18 Dasselbe: Erläuterungen zum Landesförderprogramm »Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.« Düsseldorf 2018, S. 23.



**Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne**  
Regionalökonom und Redakteur  
des *Kritischen Agrarberichts*.

Universität Kassel  
Institut für urbane Entwicklungen  
Gottschalkstr. 22, 34127 Kassel  
hahne@uni-kassel.de